

Die Verkanten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Dresden die Expedition der Dresdener Zeitung, Perrenitzstraße Nr. 20.
Inserenten, Gebühre für den Raum einer sechsstelligen Zeitzeile 12 Sgr.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Dresden 1 Mt. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Mt. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwei Feiertage.

Breslauer Zeitung.

N^o. 141. Donnerstag den 22. Mai 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 19. Mai, Abends 8 Uhr. In der Legislativen Fortsetzung der Debatte über das Zuckersteuergesetz. — Eine Petition für Revision und Prorogation wurde verworfen. — In der gestern stattgehabten Versammlung der Republikaner wurde beschlossen, jede Revision abzulehnen. Die Versammlung bestand aus 125 Mitgliedern; Dupont und Victor Hugo hielten Reden; Cavaignac und Lamoriciere waren nicht anwesend.

Brüssel, 19. Mai, Abends 7 Uhr. Die Ministerkonferenz dauert noch fort. Verhaegen, Präsident der zweiten Kammer, hat den ihm gewordenen Auftrag zur Bildung eines Kabinetts abgelehnt. D. Mortier, Präsident des Senats, ist zum Könige gerufen worden. (S. Belgien.)

München, 19. Mai. Die bayerische Regierung hat den Ludwigskanal übernommen. Dieselbe zahlt für die Aktien, die auf 500 Gulden lauten, 400 Gulden. — Die Obligationen werden vom Januar 1851 ab verzinst.

Paris, 19. Mai, Nachmittags 5 Uhr. 3 proc. 56, 15, 5 proc. 90, 35.

Hamburg, 20. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Weizen, sehr fest. Roggen, sehr ruhig. Del, unverändert.

Frankfurt a. M., 20. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Nordbahn 40/8. (Berl. Bl.)

Athen, 15. Mai. Der Dampfer Vulkan ist, mit König Otto von Griechenland am Bord, heute 4 Uhr Nachmittags im Piräus eingelaufen.

Florenz, 17. Mai. Der Stationshof hat mehrere Bittgesuche zu Gunsten Guerazzi's und seiner Mitangeklagten abschlägig beschieden.

Uebersicht.

Breslau, 21. Mai. Der Schwerpunkt der Politik ist gegenwärtig von Berlin nach Warschau verlegt, daher sind die aus der preussischen Reichshauptstadt kommenden Nachrichten gänzlich leer an politischen Neuigkeiten. Man beschäftigt sich jetzt zu Berlin nur mit der Feier des 31. Mai.

Das Berliner C. B. weist heute nach, daß die Richtung des Bundeszuges zu Frankfurt a. M. jetzt durch die Konferenzen in Warschau und später zu Ulm abgeändert werden dürfte. Das scheint die Bundesversammlung zu Frankfurt auch zu fassen und verhalte sich deshalb bis dahin ganz passiv.

Die die Kreuzzeitung meldet, daß der Präsident Bodelschwingh zu Arnberg der Nachfolger des Finanzministers Rabe werden wird.

Am 16. und 17. Mai wurde in der Abgeordnetenkammer zu München über den wichtigen Antrag Kolb's, die Kollektionierung mit Österreich betreffend, debattiert. Die Erklärungen, welche die Mitglieder bei dieser Gelegenheit gaben, sind von Interesse und für die Richtung der bayerischen Politik sehr bezeichnend. Sie geben in der Hauptsache darauf hinaus: daß Bayern wohl die Verwirklichung des Planes eines großen mitteleuropäischen Handelsbundes wünsche, nicht aber eine einseitige Vereinigung mit Österreich. Bis dahin werde es an dem Zollvereine festhalten. (S. München.)

In Stuttgart beschäftigte sich die Abgeordnetenkammer mit der Gesetzgebung und beschloß auf Antrathen des Staatsministers, die Frauen „wegen der häuslichen Geschäfte“ von der Zuhörertribüne auszuscheiden.

In einer der letzten geheimen Sitzungen der Kammer zu Hannover wurde beschlossen: den Eingangszoll auf Rohzucker bedeutend zu erhöhen.

In Bremen ist jetzt das verschärfte Pressgesetz publiziert und das Vereinsrecht auf ein Jahr suspendiert worden. Also auch hier hat Österreich gefestigt und wird auch, wie die Post. Ztg. behauptet, noch weiter siegen. Denn nicht minder sollen auch in anderen Staaten die einschränkenden Bestimmungen der Verfassungen be- und abgeschwächt werden; so habe z. B. die Befehlsgewalt Hamburgs durch die österreichischen Bestimmungen der Verfassungen be- und abgeschwächt werden; so habe z. B. die Befehlsgewalt Hamburgs durch die österreichischen Bestimmungen der Verfassungen be- und abgeschwächt werden.

Das Ministerium in Oldenburg ist noch immer unvollständig; man sucht die passenden Männer außerhalb des Landes.

Die Dänen scheinen den Krieg mit Deutschland fast mit Gewalt herbeizuführen zu wollen. Sie begehen in Schleswig gegen unsere deutschen Brüder Rohheiten und Grausamkeiten, bei welchen das deutsche Blut fließen muß. Dagegen erheben sie bei der geringsten Verletzung, die ihnen widerfährt, ein großes Geschrei und möchten hundertfache Vergeltung haben. So meldet die Post. Ztg., daß die Dänen gekommen seien, die ganz unbedeutende Angelegenheit wegen des Schiffsverlustes gegen ein dänisches Dampfboot noch weiter zu verfolgen. Dabei ist es befremdend, daß sie fortwährend Truppen im Lande haben und in vortiger Gegend Gerüchte von Wiederausbruch des Krieges. — Die Nachrichten bestätigen sich, daß die deutschen Truppen, welche in Kopenhagen eingeklinkt sind, eine sehr energische Sprache für geistige Regierungsweise auf die fast bis zur jägellosten Willkür zu Paris macht, die neuerlich ganz ausschließlich mitgetheilt wurde. Note an das Wiener Kabinet ungeheures Aufsehen. Natürlich erklärte sich die öffentliche Stimme dahin, daß die Franzosen in Rom bleiben müssen. — Die Legation in Wien haben sich in ihrer Versammlung vom 18. für totale Revision der Verfassung erklärt. — Ein Theil der zu Brüssel dauernden Ministerien fort. Ein Versuch, ein neues Ministerium zu bilden, ist gescheitert.

Englische Blätter veröffentlichen einen Brief Kossuth's aus Kiv-talia voll bitterer Klagen. Er behauptet, daß die österreichischen Agenten in den türkischen Staaten mächtiger wären, als die türkische Regierung.

Von Wien aus wird die von der belgischen „Independance“ veröffentlichte Note des päpstlichen Staats-Sekretärs an das österreichische Kabinet für falsch erklärt.

In Wien ist der österreichische Bevollmächtigte bei den Dresdener Konferenzen, Graf Buol-Schauenstein, wieder eingetroffen.

Marshall Radeky und Banus Sellaich werden sich ebenfalls nach Ulm abgeben.

Nach Berichten aus Wien soll am Rhein ein Bundes-Observationscorps gegen Frankreich aufgestellt werden.

Im Monat Juni soll für Wien der Belagerungszustand aufgehoben werden.

In Olmütz werden großartige Vorbereitungen für den Aufenthalt der vielen hohen Gäste getroffen, die sich nächsten dort einfinden werden. Von den Truppen sind bereits eine große Zahl eingetroffen und manövriren fleißig.

Ueber den Aufenthalt Sr. Majestät des Königs von Preußen in Warschau geben wir unter „Ausland“ weitere Berichte. — In Warschau treffen fast stündlich aus allen Richtungen hochstehende Personen ein. Die Mittheilung aus Warschau führt die vornehmsten derselben an.

Seit ist Sr. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich von Preußen in Breslau angekommen, um sich ebenfalls nach Warschau zu begeben.

Preußen.

Berlin, 20. Mai. Sr. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Chef der Abtheilung des königlich niedersächsischen Finanz-Ministeriums für das Postwesen, Staats-Reservendarius v. d. Hagen, den tothen Adler-Orden zweiter Klasse; dem Hauptmann und Flügel-Adjutanten Sr. Hoheit des Herzogs von Sachsen-Meiningen, Freiherrn v. Egloffstein, und dem fürstlich lippe-demoschowsky geheimen Ober-Regierungs-Rath v. Piderit die dritte Klasse dieses Ordens; so wie dem Kreisgerichts-Rath Friedrich August Eisenhuth zu Hettstadt die vierte Klasse desselben Ordens; und dem bisherigen Landrath Freih. v. Wechmar bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als geheimer Regierungsrath zu verleihen.

Angekommen: Sr. Durchl. der Fürst Georg zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, von Dresden. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königlich neapolitanischen Hofe, Kammerherr Freiherr von Brochhausen, von Neapel. Abgereist: Der Fürst v. Hatzfeld, nach Dessau.

Berlin, 20. Mai. [Tagesbericht.] Die königl. Ordre, welche die Konzentration sämtlicher Truppen des Gardekorps in und bei Berlin zu dem 31. d. Mts. stattfindenden Enthüllung des Friedrich-Denkmal's anordnen, ist vom 8. d. Mts. dieselbe überträgt zugleich Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen das Kommando dieser sämtlichen Truppen. Den auswärtigen Truppen ist es übrigens nach Maßgabe der Umstände freigestellt, noch am 31. in ihre resp. Garnisonen zurückzukehren.

Graf Raczynski, der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister in Madrid, ist von seinen Gütern hier wieder eingetroffen. Derselbe wird einige Wochen hier verweilen, und dann nach einer größeren Reise nach Madrid zurückkehren.

Baron v. Brochhausen, der Gesandte in Neapel, ist auf Urlaub hier angekommen und begibt sich demnächst zur Erholung auf seine Güter.

Nach uns zugehenden Nachrichten dürfte die Kieler Dampfboot-Angelegenheit noch zu Weiterungen Veranlassung geben, da die dänische Regierung auf einen, so weit uns die Lage der Dinge bekannt ist, ziemlich unbedeutenden, lediglich durch einzelne Matrosen, Lastträger u. veranlaßten Vorgang ein besonderes Gewicht zu legen scheint. (Pr. Z.)

(Pr. Z.) Zu den ausgezeichnetsten Offizieren der Armee, die ihre erste Schule noch unter dem großen König Friedrich gemacht haben, gehört auch General v. Zastrow hieselbst. Derselbe trat im Jahre 1783 in das Dragoner-Regiment v. Knobelsdorff und hat noch an zwei Revuen vor dem großen Friedrich Theil genommen.

Mit dem Nachzuge der märkisch-niederschlesischen Eisenbahn werden Seitens des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten täglich Depeschen an Sr. Majestät den König und den Ministerpräsidenten v. Manteuffel durch Kouriere abgefaßt.

Es verlautet in sonst wohlunterrichteten Kreisen, daß für den bekanntlich zurücktretenden Minister v. Rabe wahrscheinlich dem Regierungspräsidenten v. Bodelschwingh zu Arnberg das Finanzministerium werde übertragen werden.

Die „Post. Z.“ bestätigt die Mittheilung aus Bremen, daß die Modifikation in der Gesetzgebung über die Presse, das Vereinswesen und das Wahlrecht (s. Bremen) dieser freien Stadt Folge einer an den Senat gerichteten Note des Fürsten Schwarzenberg sei. Sie bemerkt hierzu, daß nun auch anderwärts die Modifikationen der noch bestehenden März-Verfassungen in Folge ähnlicher Notifikationen bald werden vorgenommen werden. Insbesondere soll dies von der Reiner-Verfassung Hamburgs und den Verfassungen einiger Kleinstaaten gelten. Die Reiner-Verfassung werde nicht zur Ausführung gebracht und Hamburg wohl schwerlich von seinen damaligen Göttern eher befreit werden, bis es den gestellten Anforderungen nachgegeben. Die Mittheilung, daß die Bürgerwehr da, wo sie dormalen noch besteht, aufgehoben werden solle, hört die „B. Z.“ bestätigen, und werde auch der Eid des Militärs auf die Verfassung in den deutschen Bundesstaaten ferner unzulässig sein.

(C. B.) Die Rückkehr des mehrfach genannten Bankier Philipp ist lediglich auf Zureden der Herren Stieber und Mödner erfolgt. Ph. soll durch die Vorstellung, daß möglicherweise noch eine finanzielle Ordnung seiner Verhältnisse durch seine Verwandten erreicht werden könne, zu der Herreise bewegt worden sein. Aufsehnend war er in London nur mit sehr geringen Geldmitteln versehen.

Gestern ist in Potsdam der in Hohenhausen beschäftigte Regierungsrath Beyer zum Bürgermeister gewählt worden. Gegenkandidat war der Abg. Kreisgerichtsdirektor Ebert.

Die von der rheinisch-westfälischen Synode berathene Revision der Kirchenordnung für Rheinland und Westfalen, die in einem durch die vereinigte Synodal-Kommission zu Ebersfeld vom 7. bis 10. Januar d. J. schließlich verabschiedeten Entwurf die Ergebnisse der Beratungen zusammengefaßt hat, soll in Kurzem die königliche Sanction erhalten. Der Entwurf soll dem Ende Sr. Majestät dem Könige durch eine Deputation überreicht werden. Die vorgenommenen Änderungen der bis jetzt für die evangelische Kirche von Rheinland und Westfalen in gesetzlicher Geltung bestehenden Kirchenordnung vom Jahre 1835 sind zum Theil durch die inzwischen eingetretenen Verän-

derungen der Staatsverfassung herbeigeführt. Diese Einwirkung der politischen Umgestaltung auf das kirchliche Verfassungswerk prägt sich am deutlichsten in den Festsetzungen aus, durch welche die revidirte Kirchenordnung sich den Artikel 15 der Verfassung zu eigen gemacht hat. Es ist mit Rücksicht auf diesen Artikel eine Bestimmung aufgenommen worden, welche, „vorbehaltlich der Rechte des evangelischen Landesherren“, jede positive Einwirkung des Staates und seiner Behörden auf die evangelische Kirche für unstatthaft erklärt.

Das eben erschienene neue Heft der amtlichen „Zeitschrift für die Landeskulturgebung der preussischen Staaten“, welche von dem Revisionskollegium herausgegeben wird, enthält einen Bericht dieser Behörde an das vorgesetzte Ministerium über einige Bestimmungen des Ablosungs-Gesetzes, die von mehreren Abgeordneten in beiden Kammern so dunkel gefunden wurden, daß sie eine Deklaration derselben von dem Ministerium zu erwirken bemüht waren. Das Revisions-Kollegium wurde zur Berichterstattung aufgefordert und erklärte eine Deklaration für unnöthig. Mit Genehmigung des Ministeriums sind die betreffenden Aktenstücke „zur Verminderung von Prozessen“ veröffentlicht worden.

Seit einigen Tagen finden innerhalb der hiesigen Innungen, so wie zwischen den Vorständen derselben und dem Magistrat Verhandlungen über die Vetheiligung der Gewerke an der Friedrichsfeier statt. In einer Sonntags-Sitzung in Umania unter dem Vorsitz des Vorstandes des Central-Innungs-Vereins abgehaltenen Versammlung, sprach Herr Baumann über die Bedeutung der Feier und berührte dann die von mehreren Seiten mißliebig aufgenommene Bestimmung, nach welcher das Militär am 31. Mai den Vortrag vor den Bürgern haben werde; er versprach, sich hieherin Danks für eine Abänderung dieser Bestimmung zu verwenden. Ueber die Reihenfolge der Gewerke beim Festzuge entspann sich ein edler Wetstreit; das Schlächtergewerk berief sich auf sein altes Recht, die erste Stelle in der Reihe der Gewerke einzunehmen, was zugestanden und in Betreff der übrigen beschlossen wurde, daß diese sich in alphabetischer Reihenfolge aufstellen sollten. Ein zweiter Vorschlag ging dahin, daß das Militär auf der einen Seite der Linden, die Gewerke auf der andern sich aufstellten. Der Vorschlag erhielt die Zustimmung der Versammlung und der Vorversprechende, denselben ebenfalls zu befürworten. — Gestern Nachmittags 5 Uhr wurden die Altmeister nach dem Gemeinderathsaale beschiednen, wo unter dem Vorsitz der Magistratsmitglieder Koblan und Hebmann eine Berathung über die Feierlichkeiten stattfanden sollte. Es wurden der Veranlassung die bereits festgesetzten Anordnungen mitgetheilt und die Bemerkung, daß die Gewerke bereits Beschlüsse in der Sache gefaßt hätten, damit abgewiesen, „daß Vorgelegene sei Befehl, bei dem es sein Bewenden behalten müsse.“ Nach diesen festgesetzten Anordnungen ist die Wahl des Kostüms den Gewerken überlassen und Säbel und Dreimaster sind nicht aufgeführt. Nur Fahnen aus dem Jahre 1848 dürfen nicht erscheinen; auch muß jeder Meister eine schwarz-weiße Binde um den linken Arm tragen. Den Vortrag haben nach historischen Ueberlieferungen die Schlächter, Maurer und Zimmerleute, die Reihenfolge der übrigen Gewerke wurde durch's Loos entschieden. Der Magistrat gestattet den Innungen, die nöthigen Kosten aus den Innungskassen zu bestreiten.

SS Berlin, 19. Mai. Der ehemalige Redakteur der Konstitutionellen Zeitung, Dr. Hayn, welcher heute vor dem Schwurgericht unter der Anklage der Verleumdung des Staatsministers stand, ist (wie schon in der gestr. Bresl. Z. gemeldet) von dem Geschworenen freigesprochen worden. Der inkriminierte Artikel rührt von der Zeit her, wo Dr. H. bereits von der Redaktion zurückgetreten war. Mit diesem Prozesse sind nunmehr sämtliche Anklagen gegen die Konstitutionelle Zeitung, mit Ausnahme der Nr. 1, in welcher die bekannte Annimische Rede abgedruckt war, erledigt. Selbst die Nr. 1, in welcher sich der sog. Staats-Artikel befand — jener Artikel, der seiner Zeit durch ministerielle Organe entstellt wiedergegeben worden und zufolge der Erklärung des Ministeriums in der zweiten Kammer hauptsächlich die Ausweisung des Dr. H. aus Berlin herbeigeführt hat, ist vom Gerichte als nicht geeignet zu Erhebung einer Anklage, freigegeben worden.

[Warschau. — Frankfurt.] Das C. B. eröffnet heute die Reihe seiner Mittheilungen mit folgendem Artikel: „Berlin, 20. Mai. Das Ereigniß, welches der Frankfurter Bundesstag durch die Zusammenkunft der größten Souveraine des Kontinents in Warschau und resp. in Ulm erhält, wird fühlbar. Die Herren in Frankfurt vermögen sich nicht auf Hauptpunkte einzulassen, bevor nicht die Zusammenkunft allerhöchster entscheidender Personen und die mit dieser Zusammenkunft Hand in Hand gehenden Verabredungen eine Garantie für eine Vereinbarung in Frankfurt abgegeben haben. — Wir hören, daß sobald man überhaupt in Frankfurt zur Verhandlung der schwebenden Fragen schreiten wird, die Erledigung der militärischen Verhältnisse betreffenden Angelegenheiten erfolgen soll. Neben der Erörterung über die Möglichkeit von Militär-Konventionen unter Bundesmitgliedern, sollen verschiedene spezielle Vergütungsangelegenheiten, bezüglich Durchmärsche durch einzelne Länder, zur Sprache gebracht werden. In Hinsicht auf den ersten Punkt, welcher es eben nur mit den preussischen Militärkonventionen praktisch zu thun hat, wird nicht sowohl gegenseitig der Art. 5 der am 9. April 1821 von der Bundesplenarversammlung angenommenen Kriegsverfassung des deutschen Bundes: „Kein Bundesstaat, dessen Kontingent ein oder mehrere Armeekorps für sich allein bildet, darf Kontingente anderer Bundesstaaten mit dem seinigen in eine Abtheilung vereinen“ — als vielmehr Art. 8 — „Nach der grundgesetzlichen Gleichheit der Rechte und Pflichten soll selbst der Schein der Suprematie eines Bundesstaates über den andern vermieden werden“ — herangezogen und geltend gemacht werden. Auch Art. 17 — „Die Vertheilung der einzelnen Truppen-Abtheilungen werden von dem Staate, dessen Truppen sie befehligen sollen, ernannt“ hält man durch die preuss. Militärkonventionen für tangirt. — Der zweite oben erwähnte Punkt, die Vergütung von Durchmärschen und Kantonnirungskosten, so wie von andern allgemeinen Leistungen in den Bundesstaaten dürfte nach Art. 22 a. a. D., welcher be-

stimmt, es soll diese Vergütung nach billig ermäßigten Preisen geschähen und den Landesunterthanen immer so schnell als möglich baare Zahlung geleistet werden, zu keinen großen Differenzen führen.

ß. Königsberg, 18. Mai. Nach dem ostpreussischen Volksboten ist die Zahl der augenblicklich hier Theologie Studierenden auf nicht viel mehr als dreißig zusammengeschmolzen, während vor 20 Jahren, als der Bischof Domski noch lebte, und Köhler, Dinter und Rhesa hier lehrten — die Zahl 200 betrug. — Das hiesige Dampfsschiff „Königsberg“, welches eine direkte Verbindung zwischen unserer Stadt und Stettin unterhält, hat am 10. d. M., als es bereits 30 Meilen in See war, Havarie gelitten. Die Pumpen, die das nöthige Wasser dem Kessel zuführen, gerieten in schädlichen Zustand, durch den in Folge dessen entstandenen Wassermangel ist ein Sprengen des eisernen Wasserleiters herbeigeführt, der Kessel indes unverfehrt geblieben. Das Schiff hat mit Benutzung der Segel bei dem günstigen Winde die augenblickliche Rückfahrt nach Stettin ohne Schwierigkeit bewerkstelligen können. Theilweise schreibt man die Beschädigung der Maschine auch dem heftigen Sturme zu, gegen den das Schiff auf offener See zu kämpfen hatte. — Einige Blätter theilten bereits mit, daß den Soldaten der hiesigen Garnison unterfragt sei, 25 Schankwirtschaften und Läden u. wegen der demokratischen Gesinnungen der Besizer zu beschließen; das Minister Wochenblatt giebt aus einem Schriftstücke, das angeblich von einem Fehlbefehl verloren worden; genau die Gründe des Verbots bei jedem einzelnen Gewerbetreibenden an. Gewöhnlich heißt es: „freigemeindlich und demokratisch.“

Deutschland.

München, 16. Mai. [Die Zollfrage in der Kammer.] In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten bildeten die Nachweisungen über die Zolltragnisse in den Jahren 1847 bis 1849 und der damit im Zusammenhang stehende Antrag Kolb's, bezüglich des Anschlusses an Österreich, in kommerzieller Beziehung den Hauptgegenstand. Kolb nahm Veranlassung, auf die deutsche Frage im Allgemeinen einzugehen, und sprach die Ansicht aus, daß allein auf österreichischer Seite die Vortheile einer Handels-Einigung sein würden. Da der Ausschuss hauptsächlich aus dem Grunde, daß kein Anlaß vorhanden sei, an eine Auflösung des Zollvereins zu glauben, den Antrag kurz abgelehnt hat, so weist Abg. Kolb mit Recht auf eine Stelle im Entwurfe des Budgets hin, wo es heißt: „Nachdem der gegenwärtige Zollverein mit dem Schluß des Kalenderjahres 1853 vertragmäßig erlischt und unter den damaligen Umständen eine verlässliche Konjunktur weder über den Fortbestand, des Zollvereins selbst noch über die Modalitäten, unter welchen solche zu erfolgen haben werde, gegeben ist, so kann folgerichtig ein sicheres Anhalten wegen des Fortbestandes der statutarischen Kollektinnahme über das Jahr 1853 hinaus zur Zeit in keiner Weise angenommen und verbürgt werden.“ Staatsminister v. Kleinschrod bemerkte hierauf, daß die österreichischen Vorschläge keineswegs eine bloß kommerzielle Annäherung an den Zollverein beabsichtigen, sondern vielmehr das Aufsuchen einer gemeinschaftlichen Grundlage für die ökonomischen Verhältnisse und für die gesammte Volkswirtschaft Österreichs und Deutschlands und die innigste Verschmelzung ihrer Interessen. Diese Grundlage habe die bayerische Regierung ins Auge gefaßt. Ohne handelspolitische Einigung sämtlicher deutscher Staaten sei eine internationale Stellung im Großverkehr, welcher diesem Staate allein angemessen sei, und die naturgemäße Entwicklung ihrer unermesslichen produktiven Kräfte dann von selbst zur Folge habe, eine Unmöglichkeit. Den Beweis hierfür liefere das bisherige Resultat des Zollvereins, welcher ungeachtet seiner Wirkungen auf die innere Industrie, ungeachtet seines Einflusses auf die Finanzen der partizipirenden Staaten, ungeachtet seines theilweise erreichten Ziels, da die jüngste Volkszählung 29,802,000 Seelen in seinem Gebiete ergeben, doch nicht alle Mispstände beseitigen können. Hierher gehöre die Ausbeutung seiner edelsten Kräfte durch den Zwischenhandel, der Bedarf an Kolonialwaaren, den man auf 70 Millionen anschlage. Nur das Zustandekommen des großen mitteleuropäischen Handelsbundes sei Deutschlands Heil, nur dieses führe zur vollen Entfaltung seiner inneren Kräfte. Dadurch allein würde es in den wahren Besitz seiner günstig gelegenen Seehäfen kommen, und den großen Waarenweg wieder auf deutsches Gebiet zurückführen. Die bayerische Regierung bezwecke eine vertragmäßige große Zoll- und Handels-Einigung sämtlicher deutscher Bundesstaaten, nicht aber dieser Staaten selbst, sondern der sie umfassenden Zollgebiete, deren noch 9 beständen. Bis zur Erreichung dieses großen Ziels wolle sie weder ein Aufheben des Zollvereins noch eine Vereinigung mit Österreich; was man vom Gegentheil sage, seien Erfindungen. Ein Budget müsse die Möglichkeit haben, auf höchste Wahrscheinlichkeit gegründeten Einnahmen festsetzen; das sei nicht anders möglich gewesen, als die Regierung habe darauf hingearbeitet, daß im Jahre 1853 der Zollverein vertragmäßig aufhöre. — Die Berathung wird morgen fortgesetzt werden.

17. Mai. Die Verhandlungen über die Zolltragnisse wurden in der Kammer der Abgeordneten heute fortgesetzt. Auch Fürst Wallerstein trat als Redner auf, er wies darauf hin, wie die Diplomatie, welche seit zwei Jahren allein die Gewalt in ihren Händen hat, nachdem sie so viel von der Hebung der materiellen Interessen des deutschen Volks versprochen, so gar nichts geleistet hat. Von Anknüpfung weiterer Handelsverbindungen sei keine Rede gewesen, Kureßsen habe sie an den Bettelstab gebracht und Schleswig-Holsteins Volk ruiniert. Schließlich versucht der Kautaminister die bayerische Politik zu vertheidigen, er stellt in Abrede, daß man sich an Österreich unbedingt angelehnt habe; im Jahre 1849 hätte man sich an Österreich, das von außen und innen Feinden gefährdet gewesen, nicht anlehnen können, und im Jahre 1850 habe man den Bund nicht auflösen wollen. Das konstitutionelle Prinzip habe durch dieses Bündniß nicht gelitten und vom jetzigen Ministerium sei die Konstitution auch niemals verletzt worden. Als man in Kureßsen intervenierte, habe es nicht der Beschränkung der bayerischen Verfassung gegolten, um die Entscheidung der deutschen Frage habe es sich gehandelt. Die Beschränkungen Kolb's wegen Auflösung des Zollvereins seien ungegründet; keine deutsche Regierung, werde die Verantwortlichkeit

*) Kam erst am 21. Mai in die Hände der Redaktion.

übernehmen, den Zollverein zu zerreißen, aber wenn man ihnen eintritt, wenn sie nicht mehr an diesem Fische sitzen werden, nach-
sagen werde, daß sie zur Erweiterung desselben beigetragen haben,
so werden sie stolz darauf sein, durch die kommerzielle Einigung
der politischen den Weg gebahnt zu haben. Der Antrag Kolb
wird hierauf abgelehnt, und die Nachweisungen einstimmig für
richtig anerkannt.

Stuttgart, 17. Mai. [Geschäftsordnung.] In der
heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer entspann sich bei der
Beratung der Geschäftsordnung eine interessante Diskussion
über die Zulassung des Publikums. Bei der Frage: ob auch
die Frauen zugelassen seien, bemerkte Staatsrath Linden, daß
es sich hier um eine Interpretation der Verfassung handle,
welche der Genehmigung der Regierung bedürfe. Die rechte
Seite wolle die Frauen aus Rücksicht für die „häuslichen
Geschäfte“ ausgeschlossen wissen und es wurde demgemäß
auch schließend die Zulassung derselben abgelehnt. Einen an-
deren Paragraphen, von der Initiative der Kammer handelnd,
will Schöber der staatsrechtlichen Kommission überweisen, was
aber Staatsrath Linden bekämpft, weil man auf dem Boden
der Verfassung von 1819 stehe. Der Letzte bemerkt ferner,
daß erst beschloffen werden solle, was von den Grundrechten
in die Verfassung aufgenommen sei. Schließlich wird der Para-
graph nach dem Antrage der Kommission weggelassen, die Ini-
tiative gebührt demnach nach der Verfassung von 1819 bloß
dem Könige.

Hannover, 17. Mai. [Rohzucker höher besteuert.]
In den letzten vertraulichen ständischen Sitzungen kam ein An-
trag des Finanzausschusses zur Beratung. Dieser ging dahin,
die Eingangszölle von dem Rohzucker um ein Erhebliches
zu erhöhen. Der Antrag ward angenommen, obgleich
Lindemann gegen denselben war. Wie es heißt, wird der Staats-
kasse durch diese Steuererhöhung ein Gewinn von 100,000 Thlr.
ermachen. (Wes. 3.)

Oldenburg, 18. Mai. [Unvollständigkeit des Mi-
nisteriums.] Zur Ergänzung meiner Mitteilung über die
hier stattgefundenen Veränderungen des Ministeriums habe ich noch
anzuführen, daß neben dem noch offenen Departement des In-
nern auch die Verleihung des Vorgesessenen im Ministerium noch
vorbehalten ist. Für beides wird eine geeignete Persönlichkeit ge-
sucht, durch welche dann dem Ministerium die eigentliche Farbe
erst gegeben und klar werden würde, welche innere Politik dem
Landtage gegenüber man zu gewärtigen hätte. Die Sachen
drängen zur Entscheidung, die jedenfalls noch vor dem Zusam-
mentritt, sei es nun des gegenwärtigen oder eines neu gewählten
Landtages, erfolgen müssen. Im Publikum werden schon
verschiedene Personen namhaft gemacht, an welche Einladungen
ergangen sein sollen. Bald wird der frühere schleswig-holstei-
sche Departementschef Franke, bald ein Graf Wedel in Han-
nover, bald Stüve genannt, was indes alles schwerlich auf
etwas anderem als vagen Vermutungen beruht. Wer aber auch
berufen werden mag, nur dann dürfen wir uns der Hoffnung
hingeben, daß unsere schon so lange in der Schwere befindlichen
inneren Verhältnisse einer friedlichen und geordneten Entwick-
lung entgegengehen, wenn dabei jene konservativ-freisinnige
Richtung festgehalten wird, für welche in dem besonnenen Cha-
rakter der Bewohner unseres Landes und in der nach dieser Rich-
tung hin von Tag zu Tage erstarkenden Partei allein ein halt-
barer Boden sich vorfindet. (Wes. 3.)

Bremen, 19. Mai. [Reaktion.] Die Beschlüsse der
letzten geheimen Bürgerchaftssitzung sind heute vom Senate als
obrigkeitliche Verordnungen veröffentlicht worden, und treten
mit dem heutigen Tage in Kraft. Sie enthalten eine Ver-
schränkung der Strafrechte wegen Mißbrauchs der
Presse. Die Presseorgane, die vor das Geschworenengericht ge-
hören, kann außer der angeordneten Strafe von dem Gerichts-
hof auf eine bestimmte Zeit bis zu drei Jahren nicht nur das Er-
scheinen des Blattes im Bremerischen Staate verboten, sondern
auch dem Herausgeber, Verleger oder Drucker die Befugnis zu
Herausgabe, Verlag oder Druck periodischer Blätter entzogen
werden. Durch die zweite Verordnung wird das Vereinsrecht
vorläufig auf ein Jahr suspendiert.

Hamburg, 18. Mai. [Deutsche Flotte.] Wie wir
vernehmen, bereiten sich in Holstein unter der dortigen Landes-
verwaltung zahlreiche Auswanderungen vor. Eine Kolonie wird
unter Leitung des Hrn. Bracklow, Bruder des ehemaligen Frei-
schaaferführers, im nächsten Monat nach Buenos Ayres gehen.
Einen schönen Anblick gewährt das seit Freitag an der Fährbrücke
in St. Pauli liegende prachtvolle deutsche Kriegsschiff „Ernst
August“, welches zu dem Behufe von Bremen hierher gekommen
sein soll, um Mannschaften, welche hier für die deutsche Ma-
rine angeworben sein sollen, nach Bremerhaven zu bringen.
(Pr. 3.)

Neudamm, 19. Mai. Nach zuverlässigen Nachrichten
besteht es sich vollkommen, daß die beiden in Kopenhagen jüngst
eingelaufenen M. ten gegen Dänemark eine sehr energische Sprache
führen. Sie beziehen sich namentlich auf die im Herzog-
thum Schleswig in Anwendung gebrachte Regierungsweise und
auf die Persönlichkeit des Hrn. v. Lilius, der indessen bekannt-
lich nur die Befehle der dänischen Herren-Kassino-Minister voll-
zieht. Wie Landeute aus Angeln auszusagen, liegt jetzt in der
Landschaft sehr viel Militär und wird noch mehr vom Norden
herbeigezogen. Auf dem Gute Gelting bei Kappeln sind Ein-
quartierungen für die nächsten Tage angefragt. In und um Schar-
stapel liegen in der Landschaft Stapelholme 5 Schwadronen
an Kavallerie. Man kann diese Truppen allenfalls ansehen
als Exekutionstruppen für diejenigen Gegenden, wo man
die letzten erwähnte Adresse nicht unterschreiben will. In ganz
Süd-Schleswig trägt man sich mit dem Gerüchte des na-
hen Ausbruchs des Krieges umher.

Unsere dänischen Zwingeren sind nun ungefähr bis zu dem
Punkt ihres Hochmuths gelangt, worauf der Ländvogt Gester
stand, als er den freien Schweizern befahl, den Hut auf der
Stange zu begründen. Und ich kann ihnen versichern, die freien
deutschen Bewohner Angeln und Schwannens würden sich lieber
vor dem leblosen Hut, als vor ihren verhassten lebendigen Zwingeren
beugen. In Scharstapel hat man einen ungeduldigen
Blödsinnigen abspülen lassen, weil er das vorge-
schriebene Grüssen unterließ. Einige Kinder gingen an dän-
ischen Offizieren oder Unteroffizieren vorüber und grüßten. Ein
kleiner Knabe, der kaum 6 Jahre alt, unterließ es. Man winkt
ihm heran; er tritt arglos und unbefangen näher, grüßte, aber
— zu spät! Die Barbaren reißten das arme Kind in
den Haaren und schlugen's, bis es besinnungslos
zur Erde fiel. Dies sind einzelne Beispiele zur Bezeichnung
der „mütterlichen Fürsorge“, mit welcher Dänemark über Schles-
wig wacht. Wir fragen uns manchmal, ob wir wirklich im
19ten Jahrhundert leben; wir fragen uns: „Sind es
Menschen oder Hentekelechte?“ an die Deutschland einen
Stamm des deutschen Volkes ausgeliefert hat? (H. N.)

Österreich.

Wien, 20. Mai. Die Vorbereitungen zu dem großen
militärischen Schauspiel in Olmütz, wo unser Kaiser den Mo-
narchen von Rußland und Preußen die Feldherren und die Kri-
ger von Italien und Ungarn vorstellen wird, dürften schon heut
zum Abschluß gekommen sein. In diesem Augenblick steht es
noch nicht fest, ob der Kaiser selbst seine erlauchten Gäste
von Warschau nach Olmütz geleiten wird, die dort Liechtenstein je-
denfalls auf österreichischem Boden im Namen des Kaisers begrüßt.
Die Indep. belge veröffentlichte kürzlich eine angebliche Note
des päpstlichen Staats-Sekretariats an unsere Regierung in Be-
ziehung auf die Räumung des Kirchenstaates von den französi-
schen Okkupationstruppen und deren Ersatz durch österreichische
Truppen. Ich kann Ihnen die bestimmte Versicherung geben,
daß dieses Astenstück durchaus erfunden ist.
Ein von dem verantwortlichen Redakteur des Wanderers, Rie-
ter v. Siedler eingereichtes Gesuch um Erlass der noch zu vers-
ühnenden Strafe, ist abschlägig beschieden worden. Am Don-
nerstag läuft Arrest und achtstägige Quarantäne des Wande-
rers ab.
Die Ueberschwemmung zeigt sich verheerender als man anfäng-
lich meinte. In wenigen Stunden ist ein enormer Schaden
verursacht worden. Alle Behörden weiseten an rascher, ent-
schlossener Hilfeleistung. Die Gegenwart des Kaisers an den
bedrohten Punkten befehlte den Eifer. Ich wünsche, Sie hätten
ihn einen Augenblick gesehen, wie er an wirklich gefährdeten
Stellen anordnend und tröstend erschien, dieser junge, lebensmu-
thige, energische Monarch, von dessen Siechtum Ihnen eine
ziemlich unerklärliche Marotte eines Korrespondenten unlängst er-
zählen wollte!
Um dem Bedürfnisse des Kleinverkehrs zu genügen, werden
künftig auch 3 Kreuzer-Kupferstücke ausgeprägt werden. Das
künftige Gewicht-System, auf ein dem Verkehr bequemerer Maß-
zurückgeführt, ist dahin bestimmt, daß aus einem Wiener Centner
Kupfer Scheidemünzen im Werthe von 170 Fl. 40 Kr. SM.
ausgeprägt werden. Die nach dem bisherigen Systeme erzeugten
Kupfermünzen bleiben vorläufig im Umlauf.
Eine kaiserl. Verordnung regelt die Einquartierung des Heeres
für alle Kronländer, mit Ausnahme der Militärgränze.
* * * **Wien, 20. Mai.** [Tagesbericht.] Graf Buol-
Schauenstein ist von Dresden hier angekommen.
Am Rhein wird ein aus österreichischen, preussischen
und andern deutschen Truppen zusammengesetztes Armeekorps
aufgestellt, welches bereit sein soll, bei den Eventualitäten in
Frankreich die an dasselbe gerichteten Befehle auszuführen.
K.-M. Radeky und K.-Z. M. Jellachich werden in die-
ser Woche hier erwartet, um auf ausdrückliche Einladung des
Kaisers den Manövern in Olmütz beizuwohnen.
Die Repräsentanten der israelitischen Reform-Gesell-
schaft in Pesth wurde die Weisung vom Kultus-Minister, daß
dieser Sekte die Sanction nicht erteilt werden könne, indem es
in der Absicht der Regierung liege, dem Umlaufe einer neuen
Religionsgenossenschaft, die ohne positive Dogmen ist, Schranken
zu setzen.
In Mailand wurde der Ingenieur Sololini verhaftet. Eine
Menge Druckschriften und Korrespondenzen revolutionären Inhalts
sind bei ihm vorgefunden worden.
Am 17. d. wurden von Gänserndorf abwärts siebenbürgi-
sche politische Sträflinge mit der Nordbahn nach Olmütz be-
fordert. Unter diesen Gefangenen befindet sich ein ehemaliger k. k.
Dionnier-Offizier, welcher vor mehreren Jahren den Bauplan für
das Straßhaus in der Festung Olmütz entwarf, und nun verur-
theilt ist in demselben Hause 16 Jahre in Gefangenschaft zuzu-
bringen. Er soll bedauern, die Fenster der Gefangenhäuser-Zellen
zu klein gezeichnet zu haben.
Die „Brünner Zeitung“, die so halb und halb als offi-
zielles Journal betrachtet wird, giebt die Versicherung, daß es
im Monat Juni mit der Aufhebung des Belagerungs-
zustandes Ernst werden wird. Bis dahin sollen im Verordnungs-
wege noch einige durch die eventuelle Rückkehr zu den normalen
Verhältnissen bedingten provisorischen Gesetze, unter denen man auch
ein Würgesetz bezeichnet, erlassen werden, und ihrer Publikation
sobald die Beseitigung des Kriegszustandes folgen. Bestätigung
des Gesagten will man darin finden, daß die hiesige Central-
Untersuchungs-Kommission seit einigen Tagen eine sehr rege Thä-
tigkeit in Verhinderung der schwebenden Geschäfte zeigt, auch
allerlei Anstalten trifft, welche auf die Beförderung ihrer gegen-
ständlichen Hindernisse. Auch die Thätigkeit, welche unsere
Stadthauptmannschaft entfaltet, paßt und erwerbslose Individuen
von hier zu entfernen, so wie die Evidenzhaltung der hiesigen
Wohn- und Miethparteien, des Dienstpersonals und aller nicht
nach Wien zurückgehenden Personen, geben der Vermuthung Raum,
daß man das Terrain für eine freiere Bewegung säubern will.
In dem Wunsche, daß es so sei, liegt auch der Glaube.

Die politische Organisation Galiziens und der Buko-
wina wird erst im September ins Leben treten. Die Vorar-
beiten und die Vorgesandten für die politische Organisir-
ung sind bereits vollendet. Aber Ende künftigen Monats geht
der Statthalter von Galizien erst nach Wien, um dieselben dem
Kaiser zur Genehmigung zu unterbreiten. Im Ministerrathe
werden dann noch einige wichtige Fragen zur Berathung kom-
men, welche wenigstens sechs Wochen in Anspruch nehmen
dürften. Die gerichtliche Organisation dürfte auch nicht früher
eingeführt werden. Zum Konkurs der Beförderung der neu orga-
nisierten Gerichtsstellen meldeten sich gegen 2000 Personen. Im
Ganzen sind aber nur 800 Stellen zu besetzen und unter den
2000 befinden sich kaum 500 Befähigte.
Der Kaiser hat eine Reduktion der adeligen lombardisch-ven-
ezianischen Leibeigenschaft angeordnet.

Olmütz, 19. Mai. [Das Lager.] Die Vorbereitungen
zu einem auf der Simlauer Seide zu errichtenden Lager und die
damit verbundene Konzentration der Truppengattungen nehmen
den gewünschten Fortgang; was die Ausmittlung von geeigneten
Appartements anbelangt, welche für hohe und höchste Herrschaften
in Bereitschaft gehalten werden sollen, so haben sich viele
private zur Ueberlassung von Wohnungen anheischig gemacht
und dieselben bereitwillig zur Verfügung gestellt. Ein hier von
Wien eingetroffener Hofourier hat das Arrangement und die
Bestimmung der bei den Privaten einzulogierenden Gäste über-
nommen. — Für die Minister des Innern und Aeußern sind
ebenfalls Wohnungen ermittelt, was also auf ihre Ankunft schlie-
ßen läßt. — Die im Lager zu konzentrierenden Truppenmassen
werden bestehen aus einem Regimente Kaiser Husaren, einem
Regimente Prinz Karl von Bayern Husaren, einem Regimente
König von Württemberg und einem Regimente Fürst Liechtenstein
Husaren; von der Infanterie 3 Bat. Erzherzog Ernst, der Ba-
tallone Prinz v. Preußen, drei Bat. Schönbach, drei Bat. Ba-
von Piret, drei Bat. Zanini, ein Bat. Prinz Wassa, ein Bat.
Erz. Est. ein Bat. Grenadiere, ein Bat. Kaiser, ein Bat. Jä-
ger und 11 Musikköthe. Von diesen Truppengattungen sind
bereits eine große Anzahl derselben eingetroffen und unterdessen in
die zunächst liegenden Dörfer vertheilt, so daß sich in manchen
Bauernhäusern über zehn Mann befinden. — Was uns aber sehr
seltsam dünkt, ist die uns verstreute Gewissheit, daß unser Herr
Kaiserpräsident noch nicht die offizielle Anzeige von der all-
fälligen der Majestäten erhalten haben soll, woraus dann nur
der private Charakter der von dem Gemeinderathe vorgenommenen
Vorkehrungen hervorzuleiten wäre. Unsere Truppen exer-
ziren täglich im Feuer und üben das neue Reglement ein.
(Elopb.)

Brünn, 20. Mai. [Bakunin. — Verschiedenes.]
Das Todesurtheil, das durch das Prager Kriegsgericht über Ba-
kunin gefällt worden, hat, obschon es mit Gewissheit zu erwarten
stand, dennoch allenthalben die größte Sensation erregt, die
zum Theil gemildert wurde durch die kaiserliche Gnade, welche
die Sentenz in lebenswärtigen Kerker verwandelte. Der mythische
Nimbus, der den russischen Demokraten in den Augen der slav-
schen Jugend umfließt, wird noch erhöht durch die geistigen und
physischen Eigenschaften des 36jährigen Mannes, dessen kräftiger
Leib eine unbegreifliche Seele beherbergt. Jetzt, wo das Schicksal
Bakunins juridisch entschieden ist, tauchen die Nachfragen über
das faktische Schicksal des Gefangenen lebhafter denn jemals auf,
indem noch immer die Möglichkeit einer Auslieferung an Rußland

besprochen wird, dem das Amt des Urtheilsvollstreckers zugemuthet
wird; andererseits wird auf die Erklärung der sächsl. Regierung hin-
gewiesen, welche das Gerücht einer Auslieferung Ws. an Dester-
reich in Abrede stellt, und dessen Abführung nach Prag zu in-
quisitorischen Zwecken als eine bloß transitorische Maßregel be-
trachtet, welche die Rückgabe an das sächsische Gericht
nicht ausschließt. — Der Bankrott des Dmüger Wittwens
und Waisen-Pensions-Instituts verbreitet eben so sehr Schrecken
als Enttäuschung, denn Tausende erleiden hierdurch die empfindlich-
sten Einbußen. — Im erzbischoflichen Sommerpallast zu Krems-
ier wurde jüngst ein höchst verwegener Diebstahl versucht, in-
dem der Dieb, ein im Schlosse wohlhabender Schlossergeselle,
die Zeit benutzte, wo der hohe Prälat bei der Tafel saß, um sich
in die im entgegengesetzten Flügel des weitläufigen Gebäudes ge-
legenen Wohngemächer des Erzbischofs zu schleichen; er wurde
auf der That ertappt, als er eben mit dem kostbaren Schmuck-
stücken des Kirchenfußes einschließen wollte. — Für den jezt-
tägigen Aufenthalt der Monarchen in Olmütz, sind die Sängerin
Merrey und Fanny Esler gegen ein Honorar von 1000
Dukaten gewonnen worden.

Rußland.

Warschau, 19. Mai. [Tagesbericht.] Vorgestern
11 Uhr Morgens fuhren Se. Majestät der Kaiser und Ihre
Majestät die Kaiserin mit einigen Personen von der kaiserli-
chen Suite und dem Gesandten beim österreichischen Hofe, Baron
Meyendorff, mit dem Bahnzuge nach Skieniewice, wo um
4 1/2 Uhr Nachmittags Se. Majestät der König von Preußen
eintraf. Um 6 1/2 Uhr Abends reisten Ihre kaiserl. Majestäten
und Se. Majestät der König von Preußen von dort ab und tra-
fen nach 8 Uhr in Warschau ein. Im Eisenbahnhofe wurden
Ihre Majestäten von Sr. Durchlaucht dem General-Feldmarschall
Paskevitch empfangen. Nachdem sich Ihre Majestät die Kai-
serin nach Lazienki begeben, begleitete Se. Majestät der Kaiser
den königlichen Gast ins Palais Belvedere, wo für Se. königl.
Majestät eine Wohnung eingerichtet worden war.

Um 9 1/2 Uhr besuchte Se. Majestät der König von Preu-
ßen Ihre kaiserl. Majestäten im Palais Lazienki, von wo sich
Se. Majestät der König um 10 1/2 Uhr in Sein Palais begab.
Gestern um 9 Uhr Morgens besuchte der Kaiser im Palais
Belvedere den König von Preußen. Um 11 Uhr Vormit-
tags wohnten Ihre kaiserl. Majestäten und Se. Majestät der
König dem Hochamte in der Hofkirche des Palais Lazienki bei.
Um 4 Uhr Nachmittags fand ein großes Diner bei Ihren kai-
serlichen Majestäten statt, dem Se. Majestät der König von
Preußen und die in Warschau weilenden fürstlichen Personen
beizuwohnen.

Im Gefolge Sr. Majestät des Königs von Preußen sind an-
gekommen: der General-Lieutenant, General-Adjutant v. Ge-
lach; die Flügel-Adjutanten, Oberst v. Bonin, der Oberst-
Lieutenant Graf Bumenthal und Freiherr v. Mantuffel;
der geheime Ratskath J. J. L. de la Roche; der Oberst Dr. Grimm;
der geh. Kammerier Schöning; der Ober-Postdirektor Balde;
der General-Lieutenant v. Rauch und der Sekretär Noe.

Ihre königl. Hoheit die Prinzessin von Mecklenburg-
Schwerin Alexandrine, und Sr. königl. Hoheit der Großherzog
von Mecklenburg-Schwerin, Friedrich, sind gestern in
Warschau angekommen. Ferner sind gestern aus Petersburg
hier eingetroffen: Ihre kaiserl. Hoheiten die Großfürsten Niko-
laus Nikolajewitsch und Michael Nikolajewitsch. Mit Ihren
kaiserlichen Hoheiten sind angekommen: der General-Adjutant
Filosofow, der General-Major Baron Korff und der Kam-
mer-Page Jüsk Sagarin.

Vorgestern ist der Feldmarschall Fürst Wolkonski, der Mi-
nister des kaiserl. Hofes, in Warschau eingetroffen und hat seine
Wohnung im Mysewitschischen Palais in Lazienki bezogen. —
Ebenfalls ist noch eingetroffen der k. k. General-Adjutant Graf
Rzewuski aus Frankreich und der General-Major aus dem
Gefolge Sr. Majestät des Kaisers, Graf Benckendorf, aus
Berlin.

Frankreich.

Paris, 18. Mai. [Die päpstliche Note. — Par-
tei-Verammlung.] Die Note des h. Stuhls an das Wi-
ener Kabinett, welche unlängst von der Indep. belge mitgetheilt
worden (S. Nr. 1-7 d. 3.) hat hier, wie es nicht anders sein
konnte, ein enormes Aufsehen gemacht. Natürlich war man so-
gleich bei der Hand, sie für untergeschoben zu erklären; in-
deß dürfte diese Urtheil doch überreife sein. Mindestens stimmen
gewisse Blätter, welchen man eine genügende Bekanntheit mit
den diplomatischen Beziehungen, namentlich zwischen Rom und
Paris nicht absprechen kann, in dieses Urtheil durchaus nicht.
Die Spin. pool. sagt vielmehr: „Wäre die Note nicht ächt, so
würde sie doch, ächt zu sein; so richtig ist das Bild der ge-
genwärtigen Situation aufgefaßt, mit solcher Wahrheit, daß wir
wenigstens daraus lernen können, wenn wir auch keine Zuver-
sicht daraus schöpfen können“, und das Bulletin de Paris fin-
det es bereits an der Zeit, auf die in der Note aufgestellten Ge-
sichtspunkte abweichend einzugehen. „Wir glauben, so schließt der
betreffende Artikel, wir glauben jedoch, daß unsere Regierung,
stark durch das Recht, das Interesse und die Macht Frankreichs,
ihren Willen behaupten wird. Die französische Occupation Roms
ist der gefammten Christenheit von Nutzen, sie ist nötig, um
unsere Einfluß und unsere Action in Italien zu behaupten und
wird also fortdauern. Mindestens wäre der Augenblick, wo man
unsere Soldaten in Rom meuchelmordet, nicht passend gewählt,
um sie mit Ehren zurückzuführen.“ Diese letztere Aeußerung be-
zieht sich auf eine Meldung des geliebten Journal de Debats,
welche erschreckende Details über die Gefährdung französischer Pa-
trouillen beibringt.

Nächst dieser italienischen Note beschäftigt sich das Publikum
hauptsächlich mit den parlamentarischen Partei-Verammlungen.
Obenan steht die in der Rivoli-Strasse, wo es heut galt, über
den Verwerthen Antrag Beschluß zu fassen. Bertrier selbst war
nicht zugegen, doch hielt Hr. v. Fallour dessen Antrag aufrecht,
welcher von den Herren Wefin, Nettement und Laboulle be-
kräftigt ward. In Fallour Rede fand sich eine sehr charakt-
ristische Stelle. Er sprach von seinem Besuch in Venedig, und
anspielend auf seine ehemalige Ministerrolle unter L. Napoleon,
sagte er: „Der Herr Graf v. Chambord ist erkenntlich für alle
dem Lande geleisteten Dienste und schätze die Anstrengungen sehr
hoch, womit Hr. Louis Napoleon Bonaparte sich für Erhaltung der
Ordnung in Frankreich bemüht hat.“ Dies erinnert an
Ludwig XVIII., welcher jederzeit befißten war zu zeigen, daß
er den ersten Konflikt nicht mit seinen Vorgängern verwechselte.
Nettement stellte dem Antrag auf totale Revision der Ver-
fassung, mit dem Vorbehalt, daß man sich erst 1852 dafür
erkläre. Bei der Abstimmung wurde der Antrag fast einhellig
ab 1 angenommen; der zweiten Theil desselben aber fast eben-
so einhellig verworfen.

Die Repräsentanten der Linken haben sich heute bei Remar-
delay versammelt, etwa 150 an der Zahl, darunter auch einige
Mitglieder des tiers-parti wie Mauguin, Charamaule und Doré.
Dagegen fehlten die Herren Martheu (von der Drome) und Ju-
les Favre, welche nicht in Paris waren. Auch General Ca-
vaignac war nicht erschienen. Nach einer langen und lebhaften
Debatte, an welcher sich Herr Cremieux, B. Hugo, Dupont
(de Buffete), Garraas, Joly und Grevy theilnahmen, sagte man
nachstehende Beschlüsse:
„Die Mitglieder der demokratisch-republikanischen Opposition
sind, Angesichts des Wahlsystems vom 31. Mai, welches mehr
als 3 Millionen Wähler ihres Rechtes beraubt und das be-
schränkte Stimmrecht an Stelle des allgemeinen setzt, Ange-

sichts der Aste, welche die Rechte und Freiheiten des Volkes
verleht haben, und erwägend, daß alle Revisionsprojekte, welche
bei der gegenwärtigen Lage der Dinge zum Vorschein kom-
men, nur den offensbaren Zweck haben, nicht die Verfassung zu
verändern, sondern die Republik in Frage zu stellen —
einstimmig der Meinung, daß jedes Revisions-Projekt
abgelehnt werden muß.“

Was das Wahlsystem vom 31. Mai betrifft, so will man
heut behaupten, daß der Präsident nicht so sehr von den Vor-
theilen überzeugt sei, welche ihm eine Zurückziehung derselben ver-
schaffen könnte. Als man ihm unlängst Vorstellungen deshalb
machte, soll er geantwortet haben: „Ich bin in einer schlimmen
Lage. Diejenigen, welche ich dadurch ausgeschlossen habe, wer-
den allezeit wider mich stimmen und ich verliere bei der Zurück-
nahme einen Theil derjenigen, deren Wahlrecht bishen blieb.“

Gewiß keine so unebene Anschauungsweise.

Hr. Sauteraud hat folgenden Antrag auf dem Bureau der
National-Verammlung niedergelegt:

Art. 1. Alle telegraphischen Depeschen, welche zur öffentlichen
Bekanntmachung entweder ganz oder theilweise bestimmt sind,
müssen im Moniteur mitgetheilt werden, am Tage nach ihrer
Abfindung.

Art. 2. Es ist jedem Beamten verboten, den Depeschen,
welche er empfängt, irgend etwas, unter was für Form immer,
hinzuzufügen, um die erhaltenen Nachrichten oder Befehle zu
erklären oder zu vervollständigen.

Die Fuzionisten rühmen sich, in den Departements große
Fortschritte zu machen; wir glauben noch nicht daran, und warten
die Zeit ab; indes können wir heut bereits constatiren, daß das
Gerücht, welches dem General Changanier eine Hinneigung zur
dritten Partei beimaß, durchaus falsch war.

Großbritannien.

London, 18. Mai. [Graf Thomar. — Die Char-
tisten.] Graf Thomar ist am 15. mit dem Paquetboot Iberia
in Liverpool angekommen. Er hatte auf dem Schiffe einen Platz
zweiter Klasse gemiethet und während der Ueberfahrt eine gänz-
liche Zurückhaltung beobachtet.

Die Chartisten von Manchester haben feierlich gegen das
Manifest des Chartisten-Convents zu London protestirt, welches
eigentlich nichts als ein Abklatsch französischer sozialistischer Doctrin
war. In dem Manifest heißt es: Man hat neuerzeit sich be-
müht, aus dem Chartismus eine Art Bakard - Sozialismus zu
machen. Man bediente sich dazu der Pariser Philosophen-Schule.
In England begnügen wir uns damit, daß die Regierung ihre
Angelegenheiten besorge; wir wollen dagegen, daß man uns aus-
geschlossen lasse und uns so wenig als möglich durch Einmisch-
ung der centralisirenden Gewalt informiren. Wir räumen
kein ein, daß die civilisirte Welt dem französischen Genius viel
verdankt; wir haben aber in der französischen Sozial-Ökonomie
nichts gefunden, was wir als Muster für unsere Administration
aufstellen könnten. — So genügt wir den sozialen Ansprüchen auch find,
so können wir doch der Regierung nicht das Recht zugestehen, sie zu
regeln und sind jedem Projekt durchaus abgeneigt, einer rein politischen
Maßregel, wie die Volkscharte ist, Pläne zur Neubildung der
Gesellschaft einzuschleichen. Wir verstehen und billigen Associa-
tionen, wo Kapital, Talent und Arbeit Aller verbunden wirken; wo
Jeder Anspruch auf einen verhältnismäßigen Theil des Kapitals
und der Arbeit hat, welche zur Vermehrung des Gesellschafts-
Vermögens verwenden kann. Über dieser Grundlag widerstrebt
dem Prinzip des individuellen Eigenthums und des pers-
önlichen Rechts nicht, welches wir als Fundament-Gesetz
und Basis der Gesellschaft betrachten. — Die Chartisten von
Manchester schließen mit der Erklärung, daß sie gegen jede Ver-
änderung der Chartisten-Gesetze protestiren, und sich der für Pa-
raments- und Finanz-Reform gebildeten Gesellschaft in London
anschließen. Ihr Manifest ist von Duncombe, Parlements-Mit-
glied und Alcock, Sekretär der Chartisten-Association, unter-
zeichnet.

Daily News bringt einen langen Klagebrief Kossuths aus
Kintabia. Der Brief ist eine Erzählung seiner Leiden und Tausungen
auf rüchlichem Boden, und sucht durch einzelne ansehnliche Beispiele zu
beweisen, daß die Pforte im eigenen Lande weniger Macht besitze,
als die dafelbst angestellten Agenten des Reiches. Der Schluss des Mani-
festes ist etwas dunkel gehalten. Es heißt darin: „Was mich und
meine Leidensgenossen betrifft, so habe ich mich verpflichtet, vor Gott und
Menschen zu erklären, daß wir zu keiner Höhe der Verwerfung getrie-
ben sind, wo Männer sich bloß bei ihrer Ehre Rath erholen können,
ohne Rücksicht auf die Folgen und auf die ärgerlichen Konflikte, welche
provoziert werden können, und entschlossen, lieber zu sterben, als sich
einer Verlängerung ihrer Leiden zu unterwerfen.“ Das Astenstück ist
v. 13. April aus Kintabia datirt, und von Kossuth allein unterzeichnet.

Belgien.

Brüssel, 19. Mai. [Ministerrath.] Gestern
ward Hr. Verhaegen, Präsident der Repräsentantenkammer,
ins Schloß berufen. Bei dieser Unterredung, welche länger als
2 Stunden dauerte, entwickelte der Herr Präsident dem Könige
die Gründe, welche ihm nicht gestatteten, sich mit Bildung eines
Ministerraths zu befassen. Man versichert, daß der König in
Folge dessen den Senatspräsidenten, Hrn. Dumon-Dumortier,
habe rufen lassen.

Demonisches Reich.

Konstantinopel, 9. Mai. Der neue französische Ge-
sandte, Hr. v. Lavalette, ist hier eingetroffen und von dem
Großwesir mit großer Auszeichnung empfangen worden. —
Eine aus 4 Individuen bestehende Falschmünzercompagnie ist
kürzlich von der Polizei aufgespürt worden, man fand bei ihnen
2 Millionen falscher Piaster.

Die Nationalversammlung der Insel Samos hat, um der
türkischen Regierung einen Beweis ihrer Ergebenheit und Unter-
würfigkeit zu geben, eine Jahresfeier für den 13. Mai angeord-
net. Der hiesige römisch-katholische Erzbischof ist von Sr. Hei-
ligkeit dem Papste mit einer Mission nach Beirut in Syrien
entsendet worden.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 21. Mai. Se. königliche Hoheit der Prinz
Friedrich von Preußen ist heute in Begleitung des Adju-
tanten v. Knobelsdorf mit dem Frühzuge der niederschlesischen
mährischen Eisenbahn, von Düsseldorf kommend, hier eingetroffen
und in Betlich Hotel abgestiegen. Gleich nach seiner Ankunft
empfangt der Prinz den Besuch des Hrn. Oberpräsidenten und
der Offiziere des ersten Kürassier-Regiments, dessen Chef Se.
kgl. Hoheit ist. Nach dem Dejeuner reiste Se. kgl. Hoheit mit
dem Mittagszuge der ober-schlesischen Bahn nach Warschau.

Der sächsische Staatsminister a. D. v. Karlowitz kam heute
Nachmittag hier an, um sich, wie man hört, in Schlesien
anzukufen.

Breslau, 21. Mai. [Militärisches.] Das 4. Ba-
tillon des 11. Infanterie-Regiments, welches wir wir gemeldet
haben, am 19. d. hier eingetroffen ist, hat gestern den jüngsten
Jahrgang der Landwehr von 1848 entlassen und wird eine
Stammcompagnie von circa 230 Mann mit 5 Offizieren bilden.

